

Posener Zeitung.

Vierundsechzigster Jahrgang.

Annoncen:
Annahme-Bureaus:
In Posen
außer in der Expedition
bei Kruppski (C. H. Ulrich & Co.)
Breitestraße 14;
in Gnesen
bei Herrn Th. Spindler,
Markt- u. Friedrichstr. Ende 4;
in Grätz bei Herrn L. Streisand;
in Frankfurt a. M.:
G. L. Parke & Co.

Annoncen:
Annahme-Bureaus:
In Berlin, Hamburg,
Wien, München, St. Gallen;
Hansel Mosse;
in Berlin, Breslau,
Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg,
Bremen, Wien, Basel;
Haasenstein & Vogler;
in Berlin;
J. Helemeyer, Schloßplatz;
in Breslau: Emil Habath.

Nr. 321.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt viertel jährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24½ Sgr. — Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- u. Auslandes an.

Donnerstag, 13. Juli

1871.

Telegraphische Nachrichten.

Dresden, 12. Juli. Das „Dresdn. Journ.“ veröffentlicht den Wortlaut des Allerhöchsten Schreibens des deutschen Kaisers, wodurch Se. Maj. den Kronprinzen von Sachsen zum General-Feldmarschall ernannt hat.

Ew. kgl. Hoheit habe ich bereits wiederholt meinen Dank und meine volle Anerkennung für Ihre hervorragenden Leistungen während des verlorenen Krieges ausgesprochen Gelegenheit gehabt. Der heutige Tag des Einzuges der braven Truppen des 12. königlich sächsischen Armeecorps in die heimathliche Hauptstadt giebt mir aufs Neue Veranlassung der Verdienste zu gedenken, welche sich Ew. kgl. Hoheit an der Spitze dieses Corps und demnächst als Oberbefehlshaber der Massenarmee um die Erfolge unserer Kämpfe und um das Vaterland erworben haben. Es ist Ew. kgl. Hoheit gelungen, diese große Heeresabschaltung mit sicherer Hand wiederholt zum Siege zu führen und in den Truppen das Gefühl des unabdingten Vertrauens zu dem Oberbefehlshaber zu erwecken. Ew. kgl. Hoheit haben sich deshalb einen Anspruch auf die höchsten militärischen Würden erworben, und es gereicht mir zur besonderen Freude, Ihren Verdiensten um das deutsche Reich eine ehrende öffentliche Anerkennung zu Theil werden zu lassen, indem ich Sie im Einverständniß mit Sr. Maj. dem Könige von Sachsen hierdurch zum General-Feldmarschall ernenne.

Wilhelm.

Leipzig, 12. Juli. Die deutsche Genossenschaft der dramatischen Autoren und Komponisten hat sich heute konstituiert. In den Vorstand wurden gewählt: Roderich Benedict, Marbach aus Leipzig und Flotow; zu Stellvertretern: Freytag, Gottschall und Niedel aus Leipzig.

Stuttgart, 12. Juli. Der Kaiser und die Kaiserin von Russland, die Großfürstinnen Bladimir, Alexis und Konstantin, der Großherzog von Weimar und Prinz Alexander von Hessen sind in Friedrichshafen eingetroffen. — Anlässlich des morgigen fünfzigjährigen Jahrestages ihrer Verehelichung hat Königin Olga eine „Karl-Olga-Stiftung“ gegründet, aus deren Erträgkis unverheirathete bedürftige Töchter verstorberner Beamten oder Offiziere unterstützt werden sollen. — Der König hat eine Annestie für eine größere Anzahl von Vergehen erlassen. — Die Abgeordnetenkammer beschloß anlässlich der Beratung über die Rettungsanstalten, der Regierung einen Kredit zur Unterstützung derjenigen Mannschaften anzubieten, welche nach Ablauf der gesetzlichen Präsenzzeit zu den Bahnen einberufen wurden. Ein weitergehender Antrag auf Dotirung sämtlicher ausmarschierten Soldaten wurde, nachdem sich der Kriegsminister v. Suckow gegen denselben ausgesprochen hatte, abgelehnt.

Paris, 11. Juli. In Folge der durch das Manifest des Grafen von Chambord veranlaßten Bewegung hat sich eine Spaltung innerhalb der legitimistischen Partei vollzogen. Ein Theil derselben hält an der weißen Fahne fest und hat das Journal „Union“ zu ihrem Organe, während die übrigen sich der dreifarbigem Fahne angeschlossen haben und die „Gazette de France“ zu ihrem Organe gemacht haben. Man glaubt, da eine Versöhnung beider Parteien unmöglich sein dürfte, daß sich die letztere den gemäßigten Republikanern anschließen werde. Die Prinzen von Orleans sollen fest entschlossen sein, sich vollkommen abwartend zu verhalten und in loyaler Weise die Lebensfähigkeit der Republik zu erhalten. — Wie die „Union“ versichern zu können glaubt, bestünde eine von einigen Fusionisten eingelegte Intrigue, welche zum Zwecke hätte, den Grafen von Chambord zur Verzichtserklärung auf seine Rechte zu bewegen, während man zugleich das Gericht verbreitet, der Graf v. Chambord stehe im Begriff, die weiße Fahne zu verlassen. „Union“ betont dagegen, der Graf v. Chambord habe sein Manifest in loyaler Weise veröffentlicht, bevor der vom Grafen von Paris beabsichtigte Besuch zur Ausführung kommen sollte. Das genannte Blatt bestätigt, daß die von den legitimistischen Blättern veröffentlichte Erklärung von 16 Deputirten der Rechten redigirt wurde. Allerdings hätte dieses Schriftstück anfänglich unter der monarchisch-gesinnten Partei der Nationalversammlung einige Zustimmung gefunden, im gegenwärtigen Augenblicke aber verminder sich die Zahl seiner Anhänger unter den Deputirten. Die erwähnte Erklärung vertheidigen, heißt, wie die „Union“ hinzufügt, die Eintracht innerhalb der Anhänger der Monarchie unmöglich machen. — Es wird bestätigt, daß Ferré und Marotteau verhaftet wurden.

versailles, 11. Juli. Nationalversammlung. Es werden zunächst mehrere Wahlen für gültig erklärt. Hierauf giebt der Marineminister eine Erklärung ab, wonach die durch das Journal „Liberte“ verbreitete Nachricht über die Transportation mehrerer Tausend Weiber durchaus unbegründet sei; er fügt hinzu, daß vielmehr die Regierung in keiner Weise vorgehen werde, ohne daß sie der Nationalversammlung solches angezeigt und diese bezüglich der Frage der Transportation der Rebellen einen Beschuß gefaßt haben würde. Schließlich genehmigte die Versammlung einen Gesetzentwurf, wonach von Zucker, Kaffee, Thee und Kakao, welche in Frankreich importiert werden, oder deren Ausfuhr nach Frankreich bewerksstellt war, bevor die Einbringung des neuen Finanzgesetzes in den Expeditionshäfen bestimmt war, nur die alten Steuern gezahlt zu werden brauchen, vorausgesetzt, daß diese Artikel bei ihrer Ankunft als zur Konsumtion bestimmt dastand.

Brüssel, 11. Juli. Der Prinz und die Prinzessin von Wales sind mit ihren Kindern von Ostende aus hier eingetroffen und wurden vom Könige auf dem Bahnhofe empfangen. Heute erfolgt die Abreise nach Kissingen.

Bern, 12. Juli. Der von Jenny gestellte Antrag, den Bundesrat einzuladen, einen Finanzplan mit Rücksicht auf die Amortisation der Staatschuld und auf die bevorstehende Vermehrung der Staatsausgaben auszuarbeiten, sowie dem Nationalrath Alträge zu stellen, in welcher Weise eine Vermehrung der Einnahmen des Bundes erzielt werden könnte, wird vom Nationalrath als „erheblich“ erklärt. — Der Nationalrath bewilligte in seiner heutigen Sitzung weitere 4,828,800

Fres. für die Volksbewaffnung. Die Session wird nächste Woche geschlossen.

Madrid, 10. Juli. „Epoca“ bespricht in einem längeren Artikel die gegenwärtige finanzielle Lage des Landes und äußert die Befürchtung, die Finanzgesetze würden von der Kammer nicht mehr in Betracht gezogen werden können, da sich die Zahl der in Madrid anwesenden Deputirten unausgeführt verminder und es sehr leicht möglich sei, daß sich binnen Kurzem nicht mehr die zur Beschlüßfähigkeit nothwendige Anzahl von Deputirten in Madrid befinden dürfe. Was sollte in diesem Falle geschehen, um den fälligen Coupon der inneren Schulden zu begleichen? Die Bezahlung des Coupon der auswärtigen Schulden sei allerdings sichergestellt durch den Vertrag mit der Bank von Paris, theils durch Verhandlungen mit Geldinstituten, welche rückzahlbare Vorlässe auf das erste Ertragsjahr der Anleihe zu leisten sich verpflichteten, aber es frage sich, was der Minister beginnen wolle, wenn das Anlehen bis August nicht zu Stande komme. „Epoca“ glaubt, daß im Falle des Scheiterns der Finanzpläne Moret's, Sagasta provisorisch die Leitung des Finanzministeriums übernehmen würde.

Wien, 12. Juli. Die Reichsrathsdelegation segte in ihrer heutigen Sitzung die Spezial-Beratung über das Kriegsbudget fort. Der von der Regierung geforderte Betrag zur Errichtung eines dreizehnten Artillerie-Regiments wurde nach längerer Debatte, in welcher der Kriegsminister die Notwendigkeit der Errichtung eines solchen betonte, mit 26 gegen 25 Stimmen abgelehnt, dagegen wurde die Forderung der Regierung von 89,991 fl. für Errichtung neuer Kadres bei der Artillerie mit 28 gegen 26 Stimmen bewilligt.

Bukarest, 11. Juli. Die Subskription auf das neue rumänische Ansehen wird übermorgen ausschließlich im Inlande bei den Regierungskassen eröffnet werden.

Brief- und Zeitungsberichte.

Berlin, 12. Juli.

Die „Prov. Corresp.“ bespricht die innere Entwicklung in Frankreich und schließt ihre längere Betrachtung wie folgt:

Inzwischen hat sich die Stellung der jetzigen Regierung wesentlich befestigt: die zahlreichen Nachwahlen zur Nationalversammlung haben den Willen der Nation bestimmt, die Wiederaufrichtung Frankreichs zunächst auf dem von der Regierung betretenen Wege zu versuchen, ohne dieselbe durch neue Parteikämpfe zu gefährden. Die Regierung, welche Frankreich durch diese Wahlen aufs Neue ein unverkennbares Zeichen des Vertrauens und zugleich die Vollmacht zur Wiederherstellung der allseitig erschütterten Zustände gegeben hat, wird jetzt mit größerer Selbstständigkeit, zugleich aber mit grückerer Verantwortlichkeit an die schwierige Aufgabe der Wiedergeburt des Landes herantreten müssen. Jetzt, nachdem die vorläufigen Schwierigkeiten der neuen Regierung überwunden sind, werden die Händler derselben zu bewahren haben, inwieweit sie der Größe und der Tiefe dieser Aufgabe gewachsen sind. Nachdem sie dafür gesorgt haben, daß Frankreich „sich wieder zu fühlen“ beginne, werden sie das Selbstgefühl hoffentlich vor Allem in die Bahnen der rechten Selbsterkennung zu lenken und dadurch die Kraft zur sittlichen Erneuerung zu stärken suchen.

Deutschland wird der neuen Entwicklung des großen und an äußeren Gütern so reich ausgestatteten Nachbarlandes mit voller Ruhe und mit unbefangenem Theilnahme folgen. Der innere Aufschwung Frankreichs wird uns keine Sorge bereiten, da wir gleichzeitig mit voller Übersicht einen stetigen und immer kräftigeren Aufschwung des neuen Deutschen Reiches erwarten dürfen. Um so aufrichtiger aber wird der Wunsch ganz Deutschlands sein, daß Frankreich in einer ernsten inneren Wiedergeburt nicht blos den eigenen Frieden, sondern auch ein ehrenvolles Verhältniß zu den übrigen Mächten wiederfinden möge, welches ihm um des gemeinsamen Friedens und der gemeinsamen Kulturrentwicklung willen überall gern gegönnt würde.

Aus Straßburg vom 10. d. wird gemeldet: Gestern sind von dem französischen Gouvernement wieder 15 Millionen Franken (diesmal in Gold) an der Bank hier selbst eingezahlt worden.

Der Staats-Minister und Präsident des Reichskanzler-Amts, Delbrück, hat heute eine mehrwöchentliche Urlaubsreise nach Süddeutschland angetreten. Im Reichskanzler-Amt ist mit seiner Vertretung der Direktor, Wirkl. Geh. Ober-Regierungs-Rath E. beauftragt.

Die verwitwete Königin Marie von Baiern, die Prinzessin Karl von Hessen und bei Rhein und der Prinz-Admiral Albert werden im Laufe des nächsten Sommers auf Schloß Fischbach in Schlesien versammelt sein um dort den Tag zu feiern, an welchem vor 50 Jahren ihr Vater, Prinz Wilhelm, das Schloß angekauft hat.

Der Finanzminister und der Handelsminister haben sich, wie man der „B. f. N.“ schreibt, auf Grund der in ihren Büros geprägten Berathungen gegen die Schaffung von Zehn- und Fünftaler-Goldmünzen ohne weitere Münzreform erklärt, wie sie vom Reichskanzleramt her empfohlen worden war. Die freie Kommission von Reichstagsmitgliedern, welche in den letzten Tagen der Session sich mit der deutschen Münzfrage beschäftigte, ist bekanntlich zu demselben Ergebnis gekommen. Mit dieser Flickerei also anstatt einer durchgreifend umfassenden Reform bleiben wir ja wohl glücklich verschont.

Wie telegraphisch gemeldet wurde, besichtigte der Kaiser bei der Durchreise durch Wiesbaden am 9. d. M. auch das 1. Bataillon des Hessischen Füsilier-Regiments Nr. 80. Die Ansprache, welche der Kaiser nach vollendetem Inspizieren an dasselbe richtete, lautete dem „Rhn. Cr.“ nach folgendermaßen:

„Es drängt mich, Euch noch einmal persönlich meinen Dank auszusprechen. Ihr habt durch Eure Tapferkeit, durch Eure Disziplin Erfolge herbeiführen helfen, wie sie in solchem Maße gar Niemand vorhersehen konnte. Ihr habt in einer Weise Eure Schuldigkeit gethan, wie es deutschen Soldaten zukommt. Nehmt dafür meinen Königlichen Dank. Ich danke den Herren Offizieren, welche die Mannschaft zu diesen Rüstungen ausgebildet haben, ich danke der Mannschaft für ihre Tapferkeit und Ausdauer. Mehr kann ich Euch nicht sagen, wir werden uns vielleicht noch einmal wiedersehen. Jetzt geht nach Hause und

Inserate 1½ Sgr. die sechsgesparte Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

werdet wieder fleißige und ordentliche Bürger, wie es dem rechten Soldaten gesieht. Adieu, Kinder!“

— In Betreff der Internationalen erhält die „D. A. B.“ von einem Manne, der früher derartigen Bestrebungen nicht fern gestanden hat, seitdem aber weit davon zurückgekommen ist, folgende Mittheilung:

Die Internationale besteht schon seit über 20 Jahren. Gleich nach meiner Entlassung aus dem Zentral-Untersuchungs-Gefängnis zu Augsburg (für die politischen Maßgefangenen) im März 1850 erfuhr ich durch einen Emigranten das Bestehen der Verbündung in Form einer Konspiration unter Engels und Marx, und im folgenden Jahre besuchte mich ein Emigrant (Weidemeyer, inzwischen gestorben) in S., wo ich unter Vorwissen meiner politischen Gefährten gewesen bin. Das Amt des Vorsitzenden der dortigen „Gemeinde“ jener Gesellschaft annahm, als welcher ich einem Kongress in Frankfurt a. M. beiwohnte, der von Mannheim, Mainz, Gießen, Frankfurt a. M., Hanau u. f. w. besucht war. Damals hieß die Partei die „kommunistische“; erst später nahm sie den Namen „sozial-demokratische“ Partei an. Aber schon unter dem Namen kommunistische Partei war sie eine internationale Verbündung, und hatte an der Spitze ihres Programms die Mahnung: „Proletarier aller Länder vereinigt Euch!“ Das „Manifest der kommunistischen Partei“, das gedruckt seit 1851 in meinem Besitz ist, enthält ganz genau das Programm und die Grundzüge der Politik der jetzigen Internationalen. Die Propaganda, erleichtert durch die großen industriellen Etablissements, die inzwischen entstandenen politischen Vereine, hat seit jener Zeit jedenfalls ihren ununterbrochenen Fortgang gehabt; die Organisation war bereits 1850 fertig und kann inzwischen höchstens umständen angemessen modifiziert worden sein. Die „Centralcaisse“ wurde bereits damals durch Beiträge der einzelnen Mitglieder und „Gemeinden“ gespeist. Der Kommunistenprozeß in Köln hat die Fortschritte der Verbündung auf kurze Zeit unterbrochen.

Die „B. f. N.“ schreibt: „Mit der Einziehung der alten einzelstaatlichen Konsulate da, wo Reichs-Konsulate errichtet sind, wird rüstig fortgefahren. Der Zeitpunkt scheint nicht fern, wo es auf dem ganzen Erdball lediglich deutsche Konsulate geben wird. In New-York, wo die Sache wegen der Auswanderung und des Schiffsvorvertrags besonders wichtig ist, steht die Einziehung der süddeutschen Konsulate für den Spätherbst bevor. Sie würde schon im Laufe des Sommers erfolgen, wenn General-Konsul Mösing nicht eben auf Urlaub in Europa wäre und während seiner Abwesenheit ein solcher plötzlicher und massenhafter Zuwachs von Arbeit für das ohnehin überhäufte General-Konsulat nicht vermieden werden müßte.“

Bei dem fast vollständigen Fehlen der zur Ausübung von richterlichen Funktionen geeigneten Personen in Elsaß-Lothringen hat die Reichsregierung sich gewungen gesehen, selbst die Stellen von Friedensrichtern mit Beamten aus anderen Reichsgebieten zu besetzen. So sind allein aus der Rheinprovinz über 15 Friedensrichter in Elsaß-Lothringen angestellt worden, denen nach Feststellung der Justizorganisation eine Reihe von Mitgliedern der rheinischen Landgerichte und des Appellates folgen sollen. Es wird nicht leicht sein, diese Lücken auszufüllen, einmal wegen der Verschiedenheit der in der Rheinprovinz und in den übrigen Theilen des preußischen Staates geltenden Rechte, dann aber auch wegen der namentlich in Hannover den Justizbeamten gewährten höheren Gehaltsätze. Schon aus diesem Grunde ist die Aussicht gestellt einheitliche Regulirung bez. Erhöhung der Gehälter eine absolute Notwendigkeit.

Die Klagen über mangelhafte und schlechte Verpflegung der deutschen Truppen in Frankreich haben bekanntlich eine genaue Untersuchung zur Folge gehabt, deren Ergebnisse in einem Immatrikelbericht niedergelegt worden sind. Letzterer soll nun, wie es heißt, zur öffentlichen Kenntnis gebracht und der wahre Thatbestand dadurch festgestellt werden. Derselbe wird auch die unendlichen Schwierigkeiten, welche die Verpflegung zu rügiger Massen mit sich bringt, dem Publikum darlegen.

Aus dem vom Schriftführeramt verstandenen Programm für den vom 28. bis 30. August c. zu Stuttgart stattfindenden Juristentag entnehmen wir Folgendes. Die 1. Plenarsitzung findet am 28. August 9 Uhr statt. Tagesordnung: 1) Bildung des Bureaus; 2) Vertheilung der Beratungsgegenstände an die Abtheilungen; 3) Bericht über die Rechtsentwicklung in Deutschland in den beiden letzten Jahren, erstattet vom Rechtsanwalt Matower zu Berlin; 4) Bericht des Kassenführers Geh. Justizrat Borchardt zu Berlin. — Am 28. August Nachmittags, am 29. August Vor- und Nachmittags sollen Abtheilungssitzungen und am 30. August Vormittags die letzte Plenarsitzung stattfinden.

Ein kriegsministerieller Erlass vom 27. Juni cr. bringt im „Deutschen Reichsanzeiger“ die Bestimmungen zur Kenntnis, welche der Kaiser im Einverständniß mit S. f. H. dem Großherzog von Baden über den Anzug und die Abzeichen des 14. Armee-corps angeordnet hat. Es geht aus dem Erlass hervor, daß die Einführung einer allgemeinen Bundesfarbe in Aussicht genommen ist, da die Offiziere neben der badischen die preußische Kofarde an der Kopfbedeckung tragen, während die badischen Truppendeile, welche ihre bisherigen Abzeichen in Bezug auf Farbe der Krägen, Achselklappen und Ärmelaufschläge, auch sämtliche Auszeichnungen, Krone und Chiſſe etc. behalten, nur die badische Kofarde führen. Sämtliche Offiziere exkl. Generalität und Generalstab, welche dem 14. Armee-corps angehören, tragen dagegen die Schärpe und das Portepée in den durch Artikel 55 der Verfassung des Deutschen Reichs festgestellten Farben. Generalität und Generalstab tragen sich nach preußischem Muster, die Schärpe und Portepée ohne die Bundesfarben; an der Kopfbedeckung nur die preußische Kofarde. General- und Flügeladjutantur des Großherzogs werden badische Helmzier, Helmbusch in preußischen Farben, desgleichen preußische Epaulettes und Achselstücke mit dem Namenszuge des Großherzogs von Baden tragen; Schärpe und Portepée aber in den Bundesfarben.

Kiel, 11. Juli. Zwei italienische Offiziere, Major Ronchetti und Kapitän Ferreri, sind hier eingetroffen, um die bietigen Marine-Etablissements im Auftrage der italienischen Regierung zu besichtigen. Das Marineministerium hat die Erlaubnis dazu bereitwilligst ertheilt. Straßburg, 8. Juli. Dieser Tage ist zwischen dem General-Gouverneur Graf v. Bismarck-Böhlen im Auftrage und als Vertreter des Fürsten-Reichskanzlers einerseits und Herrn Hartmann in Münster anderseits ein Vertrag über Ankauf der Bahnstrecke Münster-Kolmar im Betrage von 2½ Millionen Francs zu Stande gekommen. — Der Papst hat gegen eine zu dem Jubiläum in Rom eingetragene Deputation aus dem Elsaß u. A. folgende Bemerkungen gemacht: „Was Ihre neue Lage betrifft, so habe ich Grund zu hoffen, daß Sie in der freien Ausübung der katholischen Religion nichts zu leiden haben werden. Ich besitze schon zwei Schreiben von dem neuen

